

Jan Abt · Leon Hempel
Dietrich Henckel · Ricarda Pätzold
Gabriele Wendorf *Hrsg.*

Dynamische Arrangements städtischer Sicherheit

Akteure, Kulturen, Bilder

Dynamische Arrangements städtischer Sicherheit

Jan Abt · Leon Hempel · Dietrich Henckel
Ricarda Pätzold · Gabriele Wendorf
(Hrsg.)

Dynamische Arrangements städtischer Sicherheit

Akteure, Kulturen, Bilder

Herausgeber

Jan Abt
Leon Hempel
Dietrich Henckel
Gabriele Wendorf

Ricarda Pätzold
Deutsches Institut für Urbanistik
Berlin
Deutschland

TU Berlin
Berlin
Deutschland

Dieses Projekt wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit“ von August 2010 bis April 2013 als Verbundprojekt gefördert (FKZ: 13N11215).

Weitergehende Informationen über das Projekt und seine Ziele sowie Ergebnisse erhalten Sie auf der Projekthomepage: www.dynass-projekt.de.

GEFÖRDERT VOM



**Bundesministerium
für Bildung
und Forschung**

ISBN 978-3-658-01267-0
DOI 10.1007/978-3-658-01268-7

ISBN 978-3-658-01268-7 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort

Die wachsende Bedeutung sozialwissenschaftlicher Sicherheitsforschung, gerade auch bezogen auf die Stadt, hat in den letzten Jahren in der Forschungsförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) insbesondere in den zwei Förderlinien „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ und „Urbane Sicherheit“ ihren deutlichen Niederschlag gefunden.

Stadt und Sicherheit stehen, geschichtlich gesehen, in einem dynamischen Verhältnis – einem von wechselnder Nähe und Ferne. Dieses dynamische Verhältnis wirkte auch auf die Sicherheitsakteure in der Stadt – ihre Verbindungen, Kooperationen, Zusammenarbeit. Gewandelte Aufgabenbeschreibungen der bisherigen Sicherheitsakteure, aber auch neue Akteure und Techniken erfordern eine immer wieder neue Auseinandersetzung mit den Formen der Sicherheitsproduktion und der Arbeitsteilung zwischen den Akteuren. Hieraus entstehen dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur, die durch immer wieder neue lokale Bezüge wie auch neue Konstellationen von Akteuren gekennzeichnet sind. Dieser Grundgedanke war Ausgangspunkt des Forschungsprojektes „DynASS – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur“ (www.dynass.de), das durch das BMBF im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit“ von August 2010 bis April 2013 gefördert und vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) betreut wurde. Die Ergebnisse des Verbundprojektes sind wesentliche Grundlage des vorliegenden Sammelbandes.

Der Projektverbund bestand aus sieben Einzelprojekten verortet bei vier Institutionen; vier Projekte bei der TU Berlin (Institut für Stadt- und Regionalplanung, Institut für Strömungsmechanik und technische Akustik, Zentrum für Technik und Gesellschaft) und je eines bei der Hochschule für Wirtschaft und Recht, dem Deutschen Institut für Urbanistik und dem Institut für Ressourcenmanagement „inter 3“. Weitere Informationen zum Projekt, sowie Arbeitspapiere und Berichte finden sich online unter: www.dynass-projekt.de.

Auf der wissenschaftlichen Tagung „Das Versprechen der ‚sicheren‘ Stadt“, die vom 12.–13. April in Berlin stattfand, wurden die Ergebnisse des Verbundes vorgestellt und in den Rahmen einer breiteren wissenschaftlichen Debatte gestellt. Ausgewählte Beiträge dieser Tagung erweitern diesen Sammelband, indem sie kritisch zu bestimmten Aspekten Stellung nehmen oder die Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Sicherheitsforschung noch einmal grundsätzlich erweitern.

Die Herausgeber und Beteiligten am Forschungsverbund haben einer Vielzahl von Personen und Institutionen zu danken:

- Dem BMBF für die finanzielle Förderung des Projektverbundes,
- Herrn Dr. Fenster vom VDI für die kontinuierlich engagierte und wohlwollende Begleitung des Verbundes,
- den Mitwirkenden an der Tagung „Das Versprechen der ‚sicheren‘ Stadt“,
- der Redaktion und dem Verlag.

Ganz besonders zu danken haben die Beteiligten an dem Forschungsverbund darüber hinaus den Städten Hamm, Leipzig und Nürnberg, dass sie sich als Fallstudien an den Untersuchungen beteiligt, ihre Unterlagen zur Verfügung gestellt, an den schriftlichen Umfragen mitgewirkt haben sowie die Fokusgruppen und Expertengespräche- durch ihre Informationen, kritischen Fragen und Anmerkungen haben fruchtbar werden lassen. Darüber hinaus haben die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Städten die Forscherinnen und Forscher immer wieder beraten und an stadtspezifischen Workshops mitgewirkt. Ohne diese Bereitschaft und diesen Einsatz wäre das Projekt so nicht möglich gewesen.

Wir hoffen, mit diesem Band nicht nur die Ergebnisse des DynASS-Verbundes einer breiteren Öffentlichkeit nahe bringen, sondern auch die sozialwissenschaftliche Sicherheitsdiskussion insgesamt bereichern zu können.

Für den Projektverbund

Dietrich Henckel

Inhaltsverzeichnis

Das Versprechen der sicheren Stadt – eine Einleitung	1
Leon Hempel, Jan Abt, Dietrich Henckel und Ricarda Pätzold	
Die Spezifik lokaler Sicherheitsprobleme und städtische Sicherheitspolitik	27
Helmut Tausendteufel und Jan Abt	
Ordnung und Sicherheit – Kommunales Engagement für sichere Städte	63
Holger Floeting	
„Was haben wir mit ‚Sicherheit‘ zu tun?“ Gedanken zum Sicherheitsverständnis von Wohnungsunternehmen	95
Ricarda Pätzold, Larissa Rensing, Gabriele Wendorf und Josiane Meier	
Zivilgesellschaftliches Handeln im Rahmen dynamischer Sicherheitsarrangements	119
Helmut Tausendteufel	
Polizeiarbeit in städtischen Kooperationsbeziehungen	143
Claudius Ohder	
Wie bürgerliche Freiheitsrechte durch eine Kommunalisierung und „Laisierung“ von Polizeiarbeit gefährdet werden	165
Frank Braun	
„Urbane Sicherheit“ – Fort- und Weiterbildung in der öffentlichen Verwaltung	177
Hanna Blieffert und Holger Floeting	

Das Ende von Institutionen als Strukturierungsansatz?	
Eine neue Typologie des Akteursfeldes	193
Jan Abt und Renate Lieb	
 Streit der Sicherheitsbilder	219
Leon Hempel, Renate Lieb und Ricarda Pätzold	
 Gute Sicherheitsarbeit geschieht aus dem Bauch heraus?	243
Jan Abt	
 Stadt-Atmosphären und Sicherheit:	
Zwischen Gestaltung und Erleben	261
Christiane Heibach	
 Disorder-Anzeichen, Kontroll-Signale und	
Verdrängungs-Artefakte. Zu einer Semiotik der	
Wahrnehmung städtischer Sicherheit und Unsicherheit	291
Eva Reblin	
 Das Versprechen der Sicherheit und seine Zukunft	313
Leon Hempel und Dietrich Henckel	

Mitarbeiterverzeichnis

Jan Abt Berlin, Deutschland

Hanna Blieffert Berlin, Deutschland

Frank Braun Münster, Deutschland

Holger Floeting Berlin, Deutschland

Christiane Heibach Basel, Schweiz

Leon Hempel Berlin, Deutschland

Dietrich Henckel Berlin, Deutschland

Renate Lieb Berlin, Deutschland

Josiane Meier Berlin, Deutschland

Claudius Ohder Berlin, Deutschland

Ricarda Pätzold Berlin, Deutschland

Eva Reblin Berlin, Deutschland

Larissa Rensing Berlin, Deutschland

Helmut Tausendteufel Berlin, Deutschland

Gabriele Wendorf Berlin, Deutschland

Das Versprechen der sicheren Stadt – eine Einleitung

Leon Hempel, Jan Abt, Dietrich Henckel und Ricarda Pätzold

Sicherheit und Stadt stehen in einem Spannungsverhältnis. Einerseits verheißen Städte Sicherheit, andererseits werden sie als Orte von Unsicherheit erlebt, wahrgenommen und auch etikettiert. Städte bieten Schutz, bergen als Orte, an denen unterschiedliche Gruppen und Ordnungen aufeinandertreffen, aber ebenso Risiken und Gefahren. Diese Ambivalenz des städtischen Raums hinsichtlich Sicherheit und Unsicherheit führt zu immer wieder neuen Aushandlungen und Auseinandersetzungen:

- was Sicherheit in der Stadt eigentlich bedeutet,
- wer Gefahren und Anforderungen definiert,
- wie Sicherheit herzustellen sei, etwa bezogen auf die Arbeitsteilung der für Sicherheit zuständigen Akteure,

L. Hempel (✉) · J. Abt · D. Henckel · R. Pätzold
Berlin, Deutschland
E-Mail: hempel@ztg.tu-berlin.de

J. Abt
E-Mail: j.abt@isr.tu-berlin.de

D. Henckel
E-Mail: d.henckel@isr.tu-berlin.de

R. Pätzold
E-Mail: paetzold@difu.de

- die räumlichen Verteilungen von polizeilicher Präsenz zwischen Zentrum, Peripherie und Fläche oder auch
- die Nutzung neuer, Unsicherheiten angeblich kompensierenden Technologien.

Vor allem auf lokaler Ebene lassen sich unterschiedliche Arrangements der ‚Herstellung von Sicherheit‘ erkennen und damit auch jeweils spezifische ‚Sicherheitskulturen‘ (vgl. Daase et al. 2012) antreffen, die nicht von oben nach unten sondern vielmehr durch ihre jeweiligen Praktiken definiert sind. Nicht nur auf der europäischen Ebene – wie Peter Burgess (2009) feststellt – erscheint die Landschaft der Sicherheit diskontinuierlich, fragmentarisch, sobald der Panoramablick auf das Ganze am Detail überprüft wird, sondern erst recht auch auf der städtischen und kommunalen Ebene. Die Heterogenität verdeutlicht, dass es nicht den einen einheitlichen sicherheitsgeographischen Raum als vielmehr nur verteilte Sicherheitsarrangements gibt, das heißt Sicherheit nicht nur ein relatives, sondern immer auch ein relationales Konzept ist.

Die Kulturen vor Ort sind durch zahlreiche Faktoren bestimmt. Sie sind abhängig von der materialen Struktur des Raums, von den sozialen Konstellationen, den Praktiken und Wahrnehmungen der einzelnen Akteure, deren Erfahrungen, Einschätzungen sowie historisch sich wandelnden Werthaltungen. Es gibt so etwas wie eine gleichsam interne Risikokommunikation der Orte, die gleichwohl immer auch durch die Außenperspektive geprägt wird, durch die medial aufbereitete Aufmerksamkeit, die Inszenierung der Orte als sicher oder unsicher, die sich Politik für ihre Entscheidungen und strategischen Interessen zu Nutze macht oder machen kann (Kreissl 2008; Bidlo et al. 2011). Stets ist aber auch diese damit konfrontiert, dass es nicht *die* Sicherheit, sondern immer nur Sicherheiten gibt. So sehr etwa Statistik auch bemüht wird, Sicherheit lässt sich weder in einem objektiven noch in einem subjektiven Sinne fixieren, sie ist nichts Statisches, lässt sich nicht messen, wie es vielleicht der betriebswirtschaftliche Blick erhofft, der den Raum nicht in seiner sozialen Historizität begreift, sondern in der Regel als Labor mehr oder weniger rational agierender, Risiken abwägender Akteure. Sicherheit bleibt vielmehr immer nur Ziel, Versprechen, „soziale Fiktion“ (Luhmann 1990, S. 128). Als ein Versprechen beruft diese sich auf Erfahrungen menschlichen Zusammenlebens und erzeugt durch die in der Regel einseitige Zusage an künftiges Handeln wiederum Erwartung auf Erfüllung.¹ Es handelt sich beim Versprechen der Sicherheit insofern schon immer um einen intentionalen bzw. illokutionären Sprechakt zwi-

¹ „Versprechen hat, als Akt und als Inhalt, nur unter dem Verpflichtungsaspekt (Erfüllung des Gesagten) Sinn; Versprechen, welche nicht erfüllt werden (können), sind leer“ (Gloyna 2001, S. 910)

schen mindestens zwei Parteien, welcher jedoch Normativität mit Restunsicherheit verbindet. Umso mehr ist es – wie jedes andere Versprechen auch – auf Techniken und Institutionen der Verbindlichkeit und Dauer wie beispielsweise Verträge bzw. entsprechende Bilder angewiesen. So suggeriert etwa auch die Rede von der Sicherheitsarchitektur bereits die Einlösung des Versprechens, bleibt aber stets nur Arbeit am Versprechen.

Übertragen auf die Stadt stellt auch diese im Hinblick auf Sicherheit eine Zusage dar, die aber schon durch die Anzahl und Heterogenität der in die Ordnung eingebundenen Akteure ein ungleich höheres Maß an Unsicherheit bedeutet. Das Versprechen umfasst mehr als nur zwei Parteien und beinhaltet schon deshalb eine weitere Unterscheidung, die gerade für den Zusammenhang zur Sicherheit kennzeichnend ist. Das Versprechen der Sicherheit manifestiert sich erst durch Aufteilungen zwischen sozial unsicheren und sozial sicheren Räumen. Dabei stellen die Grenzen und Schwellen so etwas wie die materialisierten Ergebnisse von Aushandlungsprozessen hinsichtlich kultureller und sozialer Wertvorstellungen wie auch politisch-ökonomischer Formationen dar, welche die Stadt sozialräumlich nach innen, nach Funktionen, Quartieren, Blöcken, Vorder- und Hinterhäusern, Stockwerken und Zimmern, gliedern, aber auch in ihrer Funktion gegenüber ihrer Umwelt definieren. An den sind Verläufen erschließt sich der Zusammenhang von Sicherheit und Stadt. Denn Städte, wie Georg Franck (2005, S. 144) formuliert, „nicht einfach Stätten des Zusammenlebens vieler Menschen auf engem Raum. Sie sind Anordnungen von einerseits getrennten und andererseits dichtgepackten Räumlichkeiten.“ Ein Schema von „erschließendem und erschlossenem Raum“, das sich auf sämtlichen Maßstabsebenen bis zum privaten Wohnraum sozialer Lebenswelten wiederholt, strukturiere „das Gefälle der Zugänglichkeit und das soziale Gefälle“ und konstituiere damit auch die Wahrnehmungen von Sicherheit und Unsicherheit.

Die „Trennung“ der Räume „durch einerseits physische Abschirmung und andererseits diskriminierende Zugangsrechte“ und auch die „Stapelung der Räumlichkeiten und das hierarchische System der Erschließung“ (Franck 2005, S. 144) werden gleichzeitig durch die Eigendynamik der sozialen Gefälle verschoben. Die Überschreitung von Grenzen und Schwellen kann Momente von Unsicherheit bedeuten, welche erneut Aushandlungsbedarf hinsichtlich Zuständigkeiten und Praktiken erzeugen, um schließlich durch vereinbarte Eingriffe oder auch Unterlassungen, die soziale Ordnung und die Struktur des Raumes als Ausdruck einer bestehenden Sicherheitsordnung zu ändern. Trotz ihrer vermeintlichen Statik erweisen sich die urbanen Ordnungsstrukturen somit in steter Bewegung. Entsprechend sieht sich auch das Versprechen der sicheren Stadt in seinem Bemühen um Verbindlichkeit kontinuierlich herausgefordert. Bevor wir den Band im Ganzen und die einzelnen Beiträge im Folgenden vorstellen, möchten wir diesen Zusam-

menhang von Struktur und Wandel in einer knappen und notwendig unvollständig bleibenden historischen Darstellung skizzieren. Nicht erst seit heute sind die Grenzen und Schwellen, die die Anordnung des urbanen Raums und damit die Sicherheit in der Stadt organisieren, im Fluss. Bleibt die Unterscheidung zwischen einer Innen- und einer Außenperspektive zwar konstitutiv im Hinblick auf die Thematisierung von Sicherheit, so trifft dies kaum für das Verhältnis von Stadt und Umwelt zu. Vielmehr wird im Laufe der Geschichte die Stadt als ein sozialer Raum gemäß des Schemas von erschließendem und erschlossenem Raum immer mehr eingebunden in weitere, sich überlagernde Sicherheitsräume. Städte erscheinen auf Landkarten als Teil von Staaten, an deren Grenzen Zugang kontrolliert wird, und diese wiederum als Teil von Großräumen. Gleichzeitig wird seit den 1980er und 1990er Jahren die Relevanz der Stadt bzw. der kommunale Ebene für die Sicherheit wieder entdeckt, wobei es kaum die einheitsstiftende Funktion ist, die hier den Blick zu lenken scheint als vielmehr die Behauptung, dass Unsicherheit in den konkreten sozialräumlichen Bedingungen des Alltags ihre Entstehungsbedingungen habe. Der sich seit den 1970er Jahren ankündigende Blickwechsel impliziert weitere Aufteilungen. Am Ende wird, so könnte die These lauten, weder die Stadt als sozialpolitische Einheit noch der territorial erschlossene Raum, sondern *die Situation* in ihrer begrenzten räumlichen wie zeitlichen Dimension fokussiert – definiert durch ein Problem, seine Antizipation und Abarbeitung definiert sie die Einheit der Sicherheitsarbeit.

1 Von der geschlossenen Einheit der Stadt zu ihrer territorialen Erschließung

Schon die geographische Lage von Stadtgründungen weist auf den Zusammenhang von Sicherheit und Stadt hin, verbindet den Anspruch auf Anbindung und Versorgung mit dem nach schützender Unzugänglichkeit. Mit den Grundsteinlegungen von Institutionen der Religion, der Rechtsprechung und der Politik wird die Lage bestätigt. Das hierarchische System räumlicher Erschließung findet so seinen Abschluss in einem Raum der Transzendenz, der Erwartungssicherheit noch über den Tod hinaus verspricht. Der der Stadtgöttin Pallas Athene gewidmete Tempel auf der Akropolis, errichtet zum Zeichen des Sieges über die persischen ‚Barbaren‘, repräsentiert die Einheit gesellschaftlicher Ordnung. Angelegt auf ferne Sichtbarkeit ist die architektonisch-mathematische Ordnung des Bauwerks der Unordnung durch die stets virulente Bedrohung entgegengesetzt. Das Pomerium Roms, eine durch weiße Steine markierte Linie, erscheint dann wiederum weniger gekennzeichnet durch eine vor allem symbolische als vielmehr durch eine prakti-

sche Funktion. Es grenzt das eigentliche Stadtgebiet der patrizischen Oberschicht nicht nur vom Umland, sondern auch vom Bezirk des einfachen Volks ab, gleichwohl dabei religiöse mit rechtlichen Funktionen verbindend. Die Bestattung von Toten und das Verhandeln über Krieg haben außerhalb der Markierung zu erfolgen. Das Tragen von Waffen innerhalb der heiligen Grenzen ist verboten und auch kein fremder Herrscher darf sie überschreiten. Räumliche Segregation lässt die geordnete Topographie der antiken Stadt als Regime der Aufteilungen erscheinen, wobei die Schwellen in unterschiedlicher Weise das soziale Gefälle nach innen wie auch das Gefälle der Zugänge nach außen definieren.

In den Architekturen von Türmen, Toren und Mauern manifestieren sich das Sicherheitsversprechen von Städten und damit auch das Bild der Stadt als eine gesicherte soziale Einheit. Weithin sichtbar kennzeichnen die Landmarken den Schutz der Stadt vor äußern Bedrohungen, marodierenden, das Land durchziehenden Banden. Das Mittelalter organisiert die Sicherheit der Stadt durch zahlreiche weitere Aufteilungen im Innern, etwa der wirtschaftstopographischen Anordnung nach Herkunft und Zünften. Nicht alle haben den gleichen Zugang zum Markt. Innerhalb der jeweiligen Quartiersgrenzen bilden sich eigene kulturelle Praktiken der Sicherheit aus. Gleichzeitig werden im Zeichen christlicher Moral den vormals Ausgeschlossenen – den Juden einerseits und andererseits den Armen, Kranken, Bettlern und Wahnsinnigen – ein Ort und auch eine soziale Funktionen innerhalb der städtisch-christlichen Ordnung zugewiesen, ohne dass hierdurch die soziale Segregation gefährdet würde (vgl. Geremeck 1988). Die Stadt wird zum Anziehungs- und Inklusionsraum, stellt dabei aber stets ein System erwarteter Ordnung dar, welche sichtbar in der Gliederung des Stadtraums wie auch in Kleiderordnungen der stratifizierten Gesellschaft wird. Isolation durch Ghettoisierung kann Gewinn von Sicherheit vor Überfällen bedeuten (Sennett 1997, S. 303). Bestimmen die Lage und Bedarfe an Austausch und Handel den Zugang zur Stadt, so bedeuten Versorgungsengpässe neue Techniken der Selektion. Bereits im 13. Jahrhundert beginnt man zwischen guten, schlechten und fremden Armen zu unterscheiden. Neben den Lobpreis der Armut tritt die soziale Deklassierung, Ausgrenzung und Verfolgung von Landstreichern und Bettlern (vgl. Geremeck 1988) und deren Stigmatisierung durch sichtbare Erkennungszeichen. Krankheiten und Pandemien, die sich über Grenzen und Schwellen hinwegsetzen, fordern neue Techniken der Selektion. Drei Kilometer südlich der Stadt, errichtet der Magistrat von Venedig 1486 das Lazzaretto Nuovo, die erste Quarantänestation der Welt, als Reaktion auf die Pest. Die Stadt ist nicht mehr nur Anziehungspunkt, sondern auch Sortiermaschine, biopolitischer Filter. Wie heute durch internationale Flughäfen (vgl. Füller 2012) wird hier die Ungleichheit an körperlichen Merkmalen unweigerlich festgeschrieben.

Mit dem allmählichen Wandel zur Industriegesellschaft ändert sich auch das Verhältnis von Stadt und Sicherheit grundlegend. Grenzen und Schwellen, die die soziale Ordnung und die Struktur des Raums organisieren, sind mehr als je zuvor von nur relativer Dauer. Wird die verarmte Landbevölkerung vom ökonomischen Versprechen der Städte angezogen, so sprengt dieses Wachstum jedoch die alten sozialen Ordnungen und Aufteilungen der Stadt. Werden einerseits Mauern geschliffen, entstehen andererseits neue Institutionen und Techniken der Verwaltung, die darauf angewiesen sind, die Natur des einzelnen Menschen an dessen äußere Merkmale zu heften (vgl. Groebner 2004). Gleichzeitig wird die alte Räume erschließende Einheit der Stadt jetzt zusätzlich durch den gleichsam erschließenden Nationalstaat ergänzt, der Leviathan umfasst beides, Stadt und Land, wie sich dem berühmten Frontispiz des Thomas Hobbes entnehmen lässt (vgl. Skinner 2008). Innerhalb des staatlichen Territoriums wird die Stadt einerseits gefeiert als Zeichen zivilisatorischen Fortschritts, wissenschaftlicher wie technischer Wunder, erscheint aber andererseits zunehmend auch als Ort sozialer Gegensätze und Konflikte, der Massen, der Durchmischung, der Proteste und Revolten, der Kriminalität und Desintegration, die die politische Ordnung zu bedrohen in der Lage sind. Markierte das Stadtleben für Jean-Jacques Rousseau noch Unaufrichtigkeit und theatralischen Schein des Ancien Régime und des höfischen Lebens, so beinhaltet es für Friedrich Engels nicht nur eine faszinierende Geschäftigkeit, sondern vor allem auch soziale Ungerechtigkeit, die sich hinter den glänzenden Fassaden bürgerlichen Wohlstands in Elendsvierteln verbirgt (Engels 1974). Alexis de Toqueville hatte zehn Jahre zuvor die Ambivalenz Manchesters bereits ins Auge gefasst: „Here humanity attains its most complete development, and its most brutish; here civilization works its miracles, and civilized man is turned back almost into a savage.“ (De Toqueville 1958, S. 107 f.; zit. Hall 1998, S. 310). Bildet Paris das Zentrum des Geisteslebens und der Wissenschaft, so schildern die Romane Victor Hugos vor mittelalterlicher Kulisse die Ereignisse der Revolte, erheben die Charles Dickens moralische Anklage gegen die Verelendung, wenn sie am empirisch beobachteten Detail die städtische Unterwelt schildern.

Die Stadt wird im 19. Jahrhundert als Schreckensort beschworen, gleichzeitig wird sie zunehmend begriffen als Austragungs- und Experimentierfeld sozialer Erziehungs- und Reformprogramme. Die berühmte, ökonomischen mit ethischen Nutzen verbindende, liberale Gefängnisarchitektur des Utilitaristen Jeremy Bentham (2001) geht aus der behaupteten Notwendigkeit einer Reorganisation ebenso hervor wie die Entwürfe und Reformprojekte der frühsozialistischer Utopisten Robert Owen oder Charles Fourier. Der Stadtraum wird als Ort fokussierter Disziplinierung begriffen. Dabei spielen Einschlussmilieus, wie Michel Foucault sie in „Überwachen und Strafen“ (1993) beschreibt, eine Rolle, doch vollzieht sich

die Reorganisation insbesondere auch am Zeittakt der Industrie, der Arbeit und des Militärs und erstreckt sich über die gesamte Fläche der Stadt. Neue Barrieren und Grenzen werden als Teil eines urbanen Risikomanagements eingezogen, die es ermöglichen, auf Konflikte schnellstmöglich zu reagieren. Die Boulevards des Baron Haussmanns sind bekanntlich nicht nur als Orte bürgerlicher Repräsentation, sondern auch als Zugangsschneisen für das stehende, kasernierte Heer geplant, um Aufstände niederzuschlagen. Angeschlossen an das allgemeine Verkehrsnetz erscheint die Stadt nicht nur als erschlossener Raum auf nationalstaatlichem Territorium. Ihre Reorganisation durch „moderne Arterien und Venen“ beinhaltet vielmehr auch Erschließung der veränderten sozialen Ordnung nach Innen, wobei es die Vorstellung jetzt war, das Individuum „durch Bewegung vor den Menschenmassen“ zu schützen (Sennett (1997, S. 401).

Der städtische Raum wird entlang der Verkehrswege aufgeteilt, die freilich immer schon die doppelte Funktion hatten, Räume sozial zu differenzieren und gleichzeitig Kernbereiche und Peripherien funktional zu verbinden. Mit dem Ausbau innerstädtischer Verkehrsnetze verteilen sich die vormals peripheren Eingangstore über die Stadt und verlangen nach neuen Institutionen, die etwa wie Bahnhofswache und -mission an alte und neue Konzepte der Sicherheit anschließen, diese aber in den innerstädtischen Bereich übersetzen und die jeweilige Orte als potentielle Unsicherheitsräume ausweisen. Werden Fremdheit und Masse zur Beschreibungskategorie des Städtischen, so verbindet sich diese mit der neuen Sachlichkeit geregelten städtischen Verkehrs. An den Knotenpunkten treffen heterogene soziale Gruppen mit unterschiedlichen Interessen zwar aufeinander, einschließlich der unendlichen Anzahl von invaliden Kriegsheimkehrern, die die umliegenden der Straßen der Bahnhöfe bevölkern. „Es ist wohl der Gegensatz zwischen dem geschlossenen, unerschütterlichen Konstruktionssystem und dem zerrinnenden menschlichen Durcheinander, der das Grauen erzeugt“, beschreibt Siegfried Kracauer in einer kurzen „Die Unterführung“ betitelten Skizze den Bahnhof Berlin Charlottenburg, der bis in die Gegenwart ein Ort kriminalpräventiver Bemühungen darstellt: „Auf der einen Seite die Unterführung: eine vorbedachte, stabile Einheit, in der jeder Nagel, jeder Backstein an seiner Stelle sitzt und dem Ganzen hilft. Auf der anderen Seite die Menschen: auseinandergesprengte Teile und Teilchen, unzusammenhängende Splitter eines Ganzen, das nicht vorhanden ist.“ (Kracauer 2009, S. 52). An den Orten der Angst versagt offenbar das Francksche Schema von ‚erschließendem und erschlossenem Raum‘. Gleichzeitig ist es aber die rationale Zeitökonomik und das ‚Ideal der Pünktlichkeit‘, welches als Teil des Versprechens der sicheren Stadt die Möglichkeit der Begegnung auf ein Minimum reduziert. Die Pünktlichkeit „unterstellt eine vorhersehbare Zukunft, die auf der Widerkehr des

Immergleichen beruht, und somit eine Zeit, die die Bestimmung allgemeinverbindlicher Zeitpunkte gestattet“ (Adam 2005, S. 126).

Neben dem Raum wird also die Zeit zum entscheidenden Maßstab von Sicherheit in der Stadt. Sie fügt dem Schema der diskriminierenden ‚Trennung‘ von Räumen, der ‚Stapelung der Räumlichkeiten‘ und dem „hierarchischen System der Erschließung“ eine neue Dimension hinzu, die es ermöglicht, das soziale Gefälle und das der Zugänglichkeit nicht mehr nur auf räumlicher sondern auch auf zeitlicher Ebene zu planen. Versagen Zeittakt und Pünktlichkeit, so birgt dies das Risiko, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Gleichzeitig impliziert es, den modernen Städtebewohner zu responsabilisieren, selbstverantwortlich die Zeitkorridore einzuhalten; verlangt ist eine gesteigerte Reflexivität des Verhaltens, um die Latenz der urbanen Unheimlichkeitshorizonte durch innere Distanz zum äußeren Geschehen zu meistern. „Verhaltenslehren der Kälte“ (vgl. Lethen 1994) erscheinen als ergänzende Antwort auf die raumzeitlichen Arrangements der Stadt, die sich nicht mehr zur geschlossenen Einheit verbinden. Georg Simmel hatte in diesem Sinne dem modernen Städtebewohner bereits Blasiertheit respektive Reserviertheit konstatiert. Während erstere Indifferenz gegenüber den Unterschieden der Dinge impliziert und potentiell anfällig bleibt für ideologische Surrogate, so entspricht letztere einer Geisteshaltung, die aus der Aversion ein Moment persönlicher Freiheit als individuellen Schutz gegen die Indoktrination gewinnt (Simmel 1995). Die Gebrauchsanweisungen ermöglichen durch Muster auf die Störungen des „fraglos Gegebenen“, der „Selbstverständlichkeitsketten“ der alltäglichen Lebenswelt (Schütz und Luckmann 2003, S. 39) zu reagieren. Sie dehnen fortan das Versprechen der sicheren Stadt darauf aus, das Gefälle der Zugänglichkeit und das soziale Gefälle zu regeln.

2 Dynamische Sicherheitsarrangements oder die Wiederentdeckung des Lokalen

Die unterschiedlichen Konstellationen verweisen auf die Historizität von Sicherheit. Die sozial-räumliche Beschaffenheit der einzelnen Konstellationen bestimmt das Verständnis, die Praktiken und die Bilder der Sicherheit, die aber ebenso auf die Struktur von erschließendem und erschlossenem Raum zurückwirken und diese wiederum ändern können. Insofern bleibt Sicherheit immer nur ein relativer Wert, Konstrukt eines prinzipiell nicht einlösbaren Versprechens, wo dieses sich auf den Ausschluss von Bedrohung und Gefahr bezieht. Stets lässt sich nur ein relativer Zustand der Abwesenheit von Gefahr erreichen – für eine bestimmte Umgebung, für eine bestimmte Dauer und unter bestimmten Bedingungen, weshalb

das Bewusstsein von Sicherheit auch immer nur Ergebnis eines Deutungsprozesses sein kann, wie formuliert worden ist (vgl. Lippert et al. 1997). Der Grad an Sicherheit hängt von zahlreichen, wechselseitig sich bedingenden und aufeinander wirkenden Faktoren ab, die einerseits nach Lesbarkeit andererseits nach Interpretation verlangen. Hierzu zählen die Materialität und die Anordnungen des Raums, die sozialen, diesen Raum erst konstituierenden Wahrnehmungen und Nutzungen, die sich in Form von Regeln und Routinen wie zum Beispiel der sozialen Kontrolle ausdrücken, deren Aushandlung einerseits und deren Durchsetzung andererseits wiederum in unterschiedlichen Institutionen verkörpert werden. Die Vielfalt der Relationen und Bedingungen lässt erkennen, dass Sicherheit in unterschiedlichen sozial-räumlichen Konstellation höchst unterschiedlich erzeugt, individuell wie kollektiv erfahren und folglich je nach Beschaffenheit dieser Konstellation auch durch eine erhebliche Dynamik gekennzeichnet sein kann. In diesem Sinne erweist sich das relative Versprechen der Sicherheit der Stadt, wo es zu einem handlungsanleitenden Motiv wird, auch als ein relationales Konzept. Sicherheit zielt immer auf Schließung der prinzipiell offenen Ordnung von sozialen Situationen (vgl. Ziemann 2013). Mit dem relativ-relationalen Charakter verbindet sich schließlich jenes Wirklichkeit perspektivierende Element des Sprechakts der Sicherheit: Wo immer auch Zustände höchster Unsicherheit erwartet oder auch nur behauptet werden, gewinnt die Rede von Sicherheit an Plausibilität, um Forderungen der Reorganisation der Praktiken auch gezielt und in aller Regel sicherheitspolitisch durchzusetzen.

Die Stadt kann aber nur deshalb zum Korrelat des Versprechens von Sicherheit werden, weil sie durch die soziale Ordnung, die sie wiederum in ihrer baulich-räumlichen Topographie abbildet, Zeit bindet und Erwartung verlässlich strukturiert. Wo sich ihre Anordnungen hingegen auflösen, wird das Versprechen entsprechend vage; wo sie gar zerstört werden, hebt es sich auf, um entsprechend neu begründet werden zu müssen. Dies zeigt sich bereits daran, dass der Sinn des Versprechens der sicheren Stadt, Räume und damit Erwartungen hinsichtlich des sozialen Gefälles und der Zugänglichkeit zu organisieren, in kriegszerstörten Städten erlischt, wenn die überlieferten Orientierungs- und Deutungsmuster kein räumliches Korrelat mehr finden. Der Blick wird enttäuscht, wo der sozio-kulturelle Orientierungsrahmen der Sicherheit fehlt. In diesem Sinne gerät die Stadt als ein Ort der Verhaltensorientierung aus dem Blick. Wie Eckart Contze in seiner auf den westdeutschen Staat bezogenen Kulturgeschichte der Sicherheit feststellt, wird das Versprechen der Sicherheit transzendiert: im restaurativen Heimatfilm (Contze 2009, S. 212), wie ihn die 1950er Jahre zeichnen. Die Stadt als Sicherheitsraum wird entsprechend des Schemas von ‚erschließendem und erschlossenem Raum‘ nicht nur in die sich durchsetzende Wohlstandsordnung des Nationalstaats, son-

dern darüber hinaus auch in das Friedensversprechen Europas sowie die sich etablierende biopolare Nachkriegsordnung eingebettet.

Äußere Sicherheit ist also das Thema. Ohne dies hier ausführen zu wollen, erscheint diese Orientierung am Außen als Hintergrund wichtig, um nachzuvollziehen, warum Sicherheit im Inneren ab den 1970er Jahren auf die Agenda gesetzt wird und ab den 1990er Jahren noch einmal erheblich an Fahrt gewinnt, um dann als politische Leitkategorie äußere und innere Sicherheit zu verbinden (vgl. Bigo 2000; Heinrich und Lange 2008). Einerseits werden im Zuge der Auseinandersetzung von Staat und Gesellschaft um die Bedeutung von sich seit den 1960er Jahren mehrenden Protestbewegungen und dem Linksterrorismus der 1970er-Jahre erste Polizeireformen entwickelt und in Teilen durchgesetzt (vgl. Lange 2003), die die Eingriffsrechte der Sicherheitsorgane sukzessive auszudehnen beginnen und damit auch die Debatte um ‚Innere Sicherheit‘, ‚wehrhafte Demokratie‘ und auch die Bedrohung bürgerlicher Freiheiten durch den ‚Sicherheitsstaat‘ nach sich ziehen. Andererseits bedeutet der Zusammenbruch der bipolaren Ordnung eine Mobilisierung von Grenzen bzw. Entgrenzung von Schwellen, vor deren Hintergrund neue Sicherheitsanforderungen formuliert und beschworen werden, welche wiederum die Tendenzen einer intensiveren und extensiver werdenden Überwachung sichtbar werden lassen und so die Debatten um Liberalität und Demokratie verstärken (vgl. Lyon 2004).

Die sich einmal mehr auflösenden Grenzen und Schwellen und damit die Gefälle der Zugänglichkeit im Innern werden keineswegs ausschließlich an die Außengrenzen gelegt als vielmehr auch auf neue Weise im Inneren gezogen. „As the policing function of the border is undermined or interrupted, a more general policing of the public must take place“ (Zureik und Salter 2005, S. 4). So wird die Stadt als Ort von Sicherheit und Unsicherheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf höchst unterschiedliche Weise wiederentdeckt. Einmal hinsichtlich der Grenzen und Möglichkeiten lokaler polizeilicher Sicherheitsarbeit (vgl. Beste 2000; Lange 2003), andererseits aber auch hinsichtlich grenzüberschreitender Risiken, der sogenannten Transnationalisierung von Kriminalität, der Umweltrisiken sowie der strategischen Bedeutung von Städten in militärischen Konflikten (vgl. Graham 2010). Seit den 1980er Jahren lässt sich die sukzessive Ausdehnung des Sicherheitsbegriffs auf immer weitere Politikfelder beobachten, welche heute unter dem Stichwort der Versicherheitlichung firmiert. Contze zitiert das Wahlprogramm der SPD von 1980: „Nicht nur Kriminalität und Terror, auch die Verweigerung sozialer Gerechtigkeit, die Einschränkung der Lebensqualität durch Umweltschädigung und der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht unter dem Schein des Rechts gefährden die innere Sicherheit“ (2005, S. 374).

Wenn auch diese zweite Seite hier nicht im Fokus stehen soll, so macht sie deutlich, dass die Stadt als sozial-räumliche Einheit sich in einem weitgesponnen Gefüge von Austauschbeziehungen befindet, welches stets auch Auswirkungen auf die Gestaltung von städtischer Sicherheit bis zu den Aushandlungen lokaler Praktiken hat. Im Zuge gesellschaftspolitischer wie auch sich abzeichnender ökonomischer Krisen wird Sicherheit als zentrale innere Aufgabe wiederentdeckt. Das „Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“ (PIS) aus dem Jahre 1972 ist nicht nur durch einen zwischen konservativen und linken Kräften unterscheidenden Subtext gekennzeichnet. Innere Sicherheit als Fachbegriff etablierend, reformuliert dieses Programm der Innenministerkonferenz vor allem das staatliche Versprechen der Sicherheit auf doppelte Weise. Einerseits leitet es aus dem Versprechen eine Erwartung der Bürgerinnen und Bürger auf verbindliche Einlösung ab und macht anschließend aus der Erwartung einen vermeintlichen Wunsch nach Sicherheit. Das Motiv des Handelns geht auf die Empfänger über, welche sich das Bedürfnis nach Sicherheit aneignen. Andererseits richtet es den Blick auf Elemente der neuerlichen Kommunalisierung der Sicherheit: „Das Anwachsen der Kriminalität hat mancherorts Zweifel an der Fähigkeit des demokratischen Staates entstehen lassen, mit den Gefahren fertig zu werden“, heißt es in der Vorbemerkung. „Der Bürger erwartet auch von den Verantwortlichen klare Aussagen, [...] daß die erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden. [...] Die große Masse der polizeilichen Aufgaben [...] läßt sich nur örtlich bewältigen. [...] Die Polizei kann diesen Wunsch nur in Form verstärkter Präventivmaßnahmen und besserer Aufklärungsergebnisse erfüllen“ (1972, S. 5).

Contze spricht von den 1970ern als vom Jahrzehnt der Inneren Sicherheit. Es werden die Weichen gestellt, Sicherheit als Voraussetzung für eine freiheitliche Ordnung zu erklären, wie sie die Debatten um die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs kommender Jahrzehnte bestimmen werden (vgl. Heinrich und Lange 2009). Gleichzeitig konstatiert der Soziologe Kaufmann eine ansteigende Verwendung des Sicherheits-Begriffs in den alltäglichen Zusammenhängen, spricht aber von einem „sich erst neuerdings verbreitenden Glauben, dass einer der tiefsten Wünsche des Menschen ‚Sicherheit‘ sei“ (1970, S. 49). Das Bedürfnis nach Sicherheit wird einerseits als Reaktion auf den sozio-ökonomischen Wandel gelesen, andererseits aber veränderten Kriminalitätsformen und ihrer medialen Repräsentation zugeschrieben, die die Wahrnehmung von Sicherheit prägen², aber eben immer auch neue polizeiliche Strategien (vgl. Hall 1978) sowie kriminalpräventive Ansätze

² 1967 startete das ZDF die Sendereihe „XY-Aktenzeichen...ungelöst“, in der ungeklärte Straftaten vorgestellt, in kurzen Filmeinspielungen szenisch rekonstruiert und die Zuschauer zur Mitwirkung bei der Aufklärung aufgefordert werden. Ab 1970 rückt auch der „Tatort“ die lokale Ebene in das Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit.

durchsetzbar werden lassen. Sicherheit beginnt sich von einem relativ klar umrissenen, in der Regel auf Kriminalitätsbekämpfung beschränkten Feld zu lösen und auf die Aufrechterhaltung von spezifischen, oftmals raumgebundenen Vorstellungen der sogenannten *Öffentlichen Ordnung* auszudehnen (vgl. Groll et al. 2008). Dabei wird diese nicht nur als Vorstufe, sondern als Voraussetzung der öffentlichen Sicherheit insgesamt betrachtet.

Die wachsende Bedeutung von Räumen unterhalb der nationalstaatlichen Ebene rückt vor allem die Kommune als Feld der Sicherheitsarbeit in den Blick (Beste 2000). Sie ist gleichsam der neu zu erschließende Maßstabsraum im hierarchischen System. Ist jede räumliche Ordnung immer auch sozial definiert, so dient diese Sozialraumstruktur wie beispielsweise im Konzept des *Defensible Space* Oscar Newmans (1970) als Erklärung nicht mehr nur von Kriminalität sondern auch von Kriminalitätsfurcht der Bürgerinnen und Bürgern (vgl. Kodolitsch 2003). Sicherheit wird lokal gedeutet und verhandelt, woraus eine Art räumlicher Perspektivierung der Produktion von Sicherheit entsteht, die selbst wiederum auf raumbezogene Ansätze und kriminal-geografische Erklärungsmuster zurückgreifen kann, um nicht zuletzt alte und neue Gefälle der Zugänglichkeit und soziale Gefälle zu produzieren bzw. zu reproduzieren. Grundannahme ist, dass ein bestimmtes Raumgefüge Kriminalität anziehen bzw. verhindern könne, woraus sich weitere Ansätze (*Zero-Tolerance*, *Broken-Windows* etc.) ableiten, die neue und alte Formen der urbanen Segregation und einschließenden Ausschließung unerwünschter sozialer Gruppen hervorrufen (vgl. Wacquant 2006). Übertragen auf das Sicherheitsgefühl heißt dies, dass Menschen sich an Orten sicherer fühlten, die übersichtlich sind und ihnen die Möglichkeit bieten, Schutz (vgl. Appleton 1975) bzw. Fluchtmöglichkeiten (vgl. Fisher und Nasar 1992) zu finden. Es bedarf gewissermaßen der Korrespondenz zwischen der Lesbarkeit des Raums einerseits und seiner interpretativen Auslegung durch die lokalen Akteure vor Ort andererseits. Daraus folgt, dass nicht ausschließlich sozialräumliche Strukturen, also z. B. Tatgelegenheitsstrukturen zu Ansatzpunkten von Maßnahmen werden können, sondern auch die Auslegungshorizonte, über Diskurse und Medien etwa. Die Idee ist immer, möglichst jede „ungenehmigte Differenz“ der prinzipiell offenen, spontanen, nicht vorhersagbaren wie unkontrollierbaren situativen Ordnung durch Schließung zu eliminieren (Bauman 1992, S. xvi; vgl. auch Ziemann 2013).

Der Rückbezug auf die lokale bzw. kommunale Ebene führt zu einer Ausdifferenzierung des Sicherheitsbegriffs bzw. seiner Anwendung, hinsichtlich der Definition von Anforderungen und der Möglichkeiten, diese Anforderungen einzulösen. Hinsichtlich der Definition ergibt sich gewissermaßen von selbst eine Tendenz der Entgrenzung. Denn die Verlagerung auf die kleinteilige Maßstabsebene erfordert jetzt stärkere Fokussierung auf das Einzelne. Erscheint Sicherheit als ein

örtliches Spezifikum, so geraten lebensweltliche Zusammenhänge und Problemlagen auch unterhalb der Schwelle strafrechtlich definierter Tatbestände in deren Perspektive. Es bedarf mit anderen Worten keiner Kriminalität an einem Ort, um über dessen Sicherheit zu sprechen, die Furcht vor Kriminalität und Risiken der einzelnen Bürgerinnen und Bürger ist ausreichend³, wobei gerade durch diese diskursive Einbindung ein Zusammenhang von stigmatisierten Verhaltensweisen mit Kriminalität und anderen Risiken und Gefahren hergestellt wird. Regelbrüche markieren zunächst einmal alternative Ordnungsvorstellungen. Sie schreiben in die sozial-räumlichen Arrangements Zeichen ein, deren Sinn in der Überschreitung oder Überschreibung der jeweils vorgestellten etablierten Ordnung besteht. Die Rede von sogenannten *Incivilities* (vgl. Floeting und Seidel-Schulze 2012; Sampson und Raudenbush 2004; Innes 2004) impliziert dann aber begrifflich das disziplinierende Potential, indem sie das als solches markierte Verhalten unmittelbar jenseits der normativen Schwellen eines angeblichen Zivilisationsprozesses situiert. Begleitet die Stigmatisierung einzelner Gruppen und Verhaltensweisen Urbanisierung schon immer, so etabliert sich hier ein neuer Legitimationsrahmen, Randgruppen zu definieren.

Dabei ist selbstverständlich zu bedenken, dass die zeitlich soziale Sortierung der Stadt – einst gegeben durch den Takt der Industriegesellschaft – sich sukzessive in der post-fordistischen Stadt als Ordnungsprinzip aufhebt und nur noch an vereinzelten Strukturen, etwa an bestimmten Wohnquartieren, Industriestandorten oder Streckenabläufen der Verkehrsnetze, anzutreffen ist. Soziale Gruppen können sich jederzeit vermischen und Spannungen eskalieren lassen. Der öffentliche Raum wird mehr und mehr auch als Raum der Freizeitgestaltung, des Konsums und Entertainments entdeckt und folgt insofern anderen Regeln als jenen bislang tradierter Funktionen. Neben der Überwachung an den Orten des Übergangs, welche die Grenzen und Schwellen zwar markieren, ohne sie aber definitiv und unüberwindlich zu machen, ist es die Werbung, zu deren Träger die Stadt wird, wie Franck bemerkt (Franck 2005, S. 144). Es kommt zu Grenzüberschreitungen zwischen Öffentlichem und Privatem. Es vermischen sich – wie in Ulrich Peltzers Roman „Teil der Lösung“ – private Interessen und Bedürfnisse mit öffentlichen Nutzungen und Regeln, wobei von Raum zu Raum, die Ordnungen wechseln können, und die Nutzungen und Regeln neu eingeübt werden müssen (Krasmann 2005). „Allge-

³ Klassisch hierzu die Formulierung der Gewaltkommission: „Die in der Bevölkerung festzustellende Verbrechensfurcht stellt jedenfalls bereits als solche, d. h. in ihrer bloßen Existenz, ein sozial- und kriminalpolitisches Problem dar, weil sie die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigt. Von daher gehört es auch zu den staatlichen Aufgaben, dafür zu sorgen, dass die Bürger nicht nur tatsächlich abends auf die Straße gehen können, sondern es auch glauben, dass sie es können“ (Schwind et al. 1990, S. 45)

meine Zugänglichkeit“, wie Franck schreibt, „schließt nicht länger das Recht ein, unerkannt zu bleiben. Als Benutzer des öffentlichen Raums loggt man sich ein, ob man will oder nicht. Man gibt seine Anonymität preis, man wird, ob als potentieller Störer oder potentieller Kunde, kategorisiert“ (Franck 2005, S. 144). Auch ist es eine sich ändernde Nachfrage an die Besitz- und Eigentumsrechte des Raums, welche das Gefälle der Zugänglichkeit und das soziale Gefälle in Bewegung setzen (vgl. Eick et al 2007), während das Sicherheitsversprechen auf das subjektive Gefühl ausgeweitet bzw. das Bewusstsein von Sicherheit als Erwartungs- und Orientierungshorizont gesetzt wird. „Dabei wird Sicherheit eben nur bedingt im strikt kriminalistisch-kriminologischen Sinn verstanden“, wie Heinrich und Lange betonen, „sondern vielmehr in einem erweiterten Sinn der Wohlfahrt und Risikoversorge, die das Individuum und die Gesellschaft gegen die Unpässlichkeiten des Lebens versichern will, wenn auch durch mitunter stark paternalistische Verhaltensregulationen“ (2009, S. 258).

Wird dabei Subjektivität mehr und mehr zum paradigmatischen Faktor für das Versprechen der sicheren Stadt, stellt sich die Frage, welche Konsequenzen dies hat. Das Erleben von Sicherheit wird gleichsam an die Erwartung an lokale Spezifika, an Kulturen der Aushandlung und Kooperation gebunden, die doch immer in einem hohen Maße bedroht sind, enttäuscht werden zu können. So gibt es dann auch weder *den* unsicheren Ort noch *die* verunsichernde Gruppe. Die Zuschreibung ist vielmehr von der je eigenen Perspektive abhängig. Die subjektiven Deutungen spiegeln Erfahrung und Erwartungen an den jeweiligen konkreten Raum wieder. Gleichzeitig aktualisieren sich in ihnen die Macht sedimentierter Auslegungsmuster und habitualisierter Bezugsschemata, welche immer auch Bestandteil der Psychopolitik des Einzelnen sind, ohne jedoch je hinreichend Gewissheit vermitteln zu können. Der zur Verfügung stehende Wissens- und Erfahrungsvorrat erweist sich als ausgeschöpft, die routinemäßige Einordnung stößt auf Widerstand, es entstehen nicht nur Unsicherheit sondern vor allem immer wieder erneuter Interpretations-, Auslegungs- und damit ggf. auch Handlungs- und Aushandlungsbedarf aufgrund enttäuschter Ordnungserwartungen. Unter dem Diktum von Subjektivität wird ‚Sicherheit‘ selbst zum perspektivischen Begriff. Die adressierten Problemkonstellationen erscheinen willkürlich, die sichere Stadt samt ihrer Gefälle ist nicht selten die sichere Stadt im Kopf. Gleichzeitig erweisen sich die Adressierungen von Abweichungen angesichts der Wirklichkeit perspektivierenden Elements des Sicherheitsversprechens abhängig von den jeweiligen Interessenkonstellationen vor Ort. Unter dem Signum subjektiver Sicherheit erscheinen die Orte von zunehmender Fraktalität bzw. Selbstähnlichkeit und gleichzeitiger Kulturalisierung lokaler Identitätspolitik gekennzeichnet.

Sicherheitsfragen strahlen so immer weiter in den lebensweltlichen Alltag aus. Die „als gegeben unterstellte Bedrohung des Einzelnen“ durch das Programm der Inneren Sicherheit erfordert, wie Kunz zu Recht herausstellt, „Instanzen“, die „dessen Sicherheit gewährleisten“ (Kunz 2005, S. 16). Stellt die Polizei bis heute den unmittelbaren Garanten der Inneren Sicherheit dar, so gehen aus der kommunalen Fokussierung notwendig nicht nur neue bzw. erweiterte Aufgabenbereiche hervor, sondern es betreten ebenso notwendig auch neue Akteure das Feld der Inneren Sicherheit. Denn jede Form der Sozialarbeit, der Integrationspolitik, der Förderung der Partizipation, des Umgangs mit Suchtproblemen, der sozialräumlichen Integration kann jetzt als Teilaspekt von Sicherheit gelesen und als solches verhandelt werden. War Sicherheit auf hoheitliches Handeln begrenzt – noch das PIS von 1972 setzt auf die Verstärkung der Polizei – so entstehen entsprechend der neu definierten Aufgaben auch neue Formen der Arbeitsteilung, welche jetzt heterogene Akteure in die Sicherheitsarbeit einschließen. Sicherheit wird zur Ware, zum Industriezweig, zumal die Polizei im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels und der Probleme öffentlicher Haushalte selbst immer mehr gezwungen ist, Aufgabenbereichen auf in der Regel privatwirtschaftlich agierende Akteure auszulagern, die jetzt die Grenzen und Schwellen der sozialen Gefälle durch ihre Präsenz bis weit in den öffentlichen Raum hinein markieren (vgl. Zedner 2006). Der Sicherheitsbegriff wird diffuser und unschärfer bei gleichzeitiger Erhöhung der Normierung von Verhalten am Ort.

Besteht zwar nach wie vor das Versprechen einer einheitlichen Versorgung des gesamten Staatsgebietes durch die Polizei, so konzentrieren sich angesichts veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen deren Tätigkeiten auf bestimmte Gebiete und Ereignisse, wobei diese Rücknahme mit einer Vielzahl von Prozessen wie dem Rückzug aus der Fläche und der weiteren Privatisierung von Sicherheitsaufgaben sowie ihrer Technisierung einhergeht. „Technik und ihr Einsatz wird dabei als Hilfsmittel zur Rationalisierung und Effektivierung polizeilichen Handelns verstanden“ so Heinrich. „Das pragmatische Ziel besteht in der Optimierung der Aufgabenwahrnehmungsfähigkeit bzw. der dafür notwendigen Instrumente“ (Heinrich 2009, S. 210). Das Sicherheitsversprechen wird also auf heterogene Akteure neu verteilt. „Es entsteht ein arbeitsteiliges System, in dem einerseits der Staat zugleich Sicherheitsgarant und Gewaltmonopolist bleibt,“ wie Beste bereits 2000 formuliert, „in dem aber andererseits nichtstaatliche Ressourcen zur Schaffung von Sicherheitsnetzen mobilisiert werden, die wiederum nach den Regeln des Risikomanagements strukturiert sind“ (2000, S. 12.). Gerechtfertigt durch den allgemeinen Wunsch nach Sicherheit wird das Versprechen an diejenigen delegiert, an die sich das Versprechen richtet, allem voran die Bürgerinnen und Bürger, die nun selbst zu zuständigen Akteuren für die Einlösung des Versprechens als Ausdruck ihrer

Eigenverantwortung werden, wobei sich die Praktiken und Mittel entsprechend der jeweils dominanten Deutungsmuster und Bezugsrahmen durchaus unterscheiden können. Sie dienen – wie die im Rahmen der gesamtstädtischen kommunikativen Konstruktion von Sicherheit und Unsicherheit markierten Unsicherheitsorte – zur Orientierung und Abgrenzung, um das Gefälle der Zugänglichkeit und auch das soziale Gefälle im lokalen Nahraum zu bestimmen, wobei die Implementierung neuer Praktiken, beispielsweise in Form von Sicherheitstechnologien, in der Regel den Sinn die Beendigung der Aushandlung markiert. Fixiert wird jeweils ein lokales Arrangement, das sich einerseits räumlich – im Gegensatz zu den festen Grenzziehungen – als das Ergebnis einer Aushandlung von Nähe und Distanz verstehen lässt, das andererseits aber zeitlich immer begrenzt bleibt, in dem die Aushandlungsergebnisse als eine immer wieder neu zu überprüfende Konstellation angesehen werden müssen. An die Stelle des Versprechens der sicheren Stadt bzw. des Staats tritt das Selbstversprechen dynamischer Sicherheitsarrangements. Die Kriminologin Zedner spricht vom „shift from solid state technology to the unstable, even volatile arrangements of liquid security“ (2006, S. 269). Diese Arrangements beschreiben sozial nichts Anderes als vorübergehende Vereinbarungen zwischen heterogenen Parteien hinsichtlich der Verteilung von Risiken und Gefahren und der entsprechenden Übernahme von Verantwortung.

3 Überblick über die Artikel des Bandes

Die prinzipielle Idee dieses Bandes besteht darin, Sicherheit im Spannungsfeld der Materialität des urbanen Raums und übergeordneter kulturell tradierter Deutungsmuster zu thematisieren. So basiert eine ganze Reihe von Beiträgen auf empirischen Fallstudien und Experteninterviews, die im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projektes „DynASS – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur“ durchgeführt wurden. An den Befunden sowie auch am gegenwärtigen Diskurs fällt aber insbesondere auf, dass diese Muster, in denen bestimmte soziale Aushandlungen über räumliche Ordnungen in Form von Erwartungen sedimentiert sind, heute weniger eindeutig fixiert sind, als dies womöglich noch vor einem halben Jahrhundert der Fall war. Was einst als selbstverständlich galt, ist es nicht mehr und ebenso umgekehrt, was vormals als fraglich erschien, behauptet sich heute als fraglos Gegebenes. So ist es also der Anspruch des vorliegenden Bandes im weitesten Sinne, einen Beitrag zur Debatte über städtische Sicherheitskulturen zu leisten. Es geht dabei unweigerlich um die Konflikte hinsichtlich verschiedener Lesarten des urbanen Raums und der Rollen unterschiedlicher Akteure im Handlungsfeld städtischer Sicherheit. Dabei

ragt in gewisser Weise ein Aspekt besonders heraus. Zur Diskussion steht immer wieder, wo die Grenzen der Tätigkeitsfelder einzelner Akteure beginnen bzw. enden. Dies betrifft allem voran die Rolle der klassischen Ordnungsinstanz der Polizei, aber auch die aktuell viel diskutierte Frage der Einbindung von Bürgern in die Sicherheitsarbeit – nicht zuletzt auf Grundlage neuer technischer Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten.

Können also die Grenzen bisheriger Aufgaben- und Verantwortungsbereiche überschritten werden oder ist es nicht vielmehr wichtig, diese zu fixieren? Letztlich geht es also einmal mehr um das Ausloten des grundsätzlichen Verhältnisses von Bürger und Staat bzw. Polizei, bis zu welcher Schwelle hat dieser Zugang und ab welcher Schwelle nicht mehr. Diese Frage betrifft die Anwendung des Begriffs Sicherheit selbst. Es drängt sich ja mehr denn je auf, dass die Verwendung des Begriffs Sicherheit vor keinem sozialen Lebensbereich Halt macht, wobei die Implikationen dieses symbolischen Mediums einer vermeintlich adäquaten Problembeschreibung nur in den seltensten Fällen reflektiert wird. Vor diesem Hintergrund möchte der Band auch einen Beitrag zur berühmten Versicherheitlichungsthese leisten, nach welcher Sicherheit als Sprechakt begriffen wird, der aufgrund der existenziellen selbstlegitimierenden Logik der Sicherheit noch jedes Politikfeld bzw. jeden sozialen Bereich entsprechend zu rahmen vermag (vgl. Wæver 1995). Wird mit dem Band – mehr implizit in der Gesamtheit der Beiträge als explizit – die Frage nach den Grenzen der Anwendbarkeit des Sicherheitsbegriffs gestellt, so nicht um aus sozialwissenschaftlicher Sicht weitere Räume einer Sicherheitslogik zu unterwerfen, sondern um zur notwendig scheinenden Entsicherheitlichung oder De-Securitization beizutragen.

Die Beiträge dieses Bandes gehen aus unterschiedlicher Perspektive und mit unterschiedlichen Folgerungen auf diese Konflikte um die Grenzziehungen ein. Der Band umfasst zwei größere Teile: Im ersten Teil wird die Formation des Akteursfeldes auf Basis empirischer Analysen in drei deutschen Städten beschrieben. In der genaueren Analyse ausgewählter zentraler Akteure, die auf städtischer Ebene die Sicherheit beeinflussen – so wie Ordnungsämter, Stadtplanungsämter, Wohnungswirtschaft, aber grade auch die Polizei, sowie die eigentlich nicht zentral auf Sicherheit orientierten Akteure – zeigen die Beiträge die Realität städtischer Sicherheitsproduktion sowie der dahinterliegenden Motivationen und Konflikte auf und werden in einem umfassenden Systematisierungsansatz für das gesamte Akteursfeld zusammengeführt.

Im zweiten Teil werden Perspektivierungen durch Wahrnehmungen und Zeichen sowie Strategien der Perspektivierung durch unterschiedliche Akteure, durch Bilder und Deutungsmuster zum Gegenstand gemacht. Mit ihnen entscheidet sich,

wie Sicherheitsthemen kommuniziert, verhandelt und durchgesetzt und letztlich die Lebensqualität des Stadtbewohners bestimmt werden.

Erster Teil: Die Formation des Akteursfeldes

Die Artikel des ersten Abschnitts des Buches stellen die Sicherheitsakteure, die Ausweitung des Akteursfeldes, seine Formation und Dynamik sowie ihre verschiedenen Praxen in den Mittelpunkt. Fast alle Artikel gehen dabei von einem aktuell vorzufindenden erweiterten Sicherheitsbegriff im urbanen Kontext aus, der zwangsläufig eine „Versicherheitlichung“ beinhaltet: Die Behandlung von sozialen Bedingungen, die bislang als solche verhandelt wurden, und nicht als Sicherheitsfrage. Diese Diffusion des Begriffs in ursprünglich sicherheitsferne Zusammenhänge greifen die Beiträge dabei in zwei unterschiedlichen Grundannahmen auf: Während einige Beiträge die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs als gegeben hinnehmen, die nicht oder nur schwer rückgängig zu machen ist, skizzieren sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen – nämlich die daraus folgenden gleichzeitige Ausweitung des mit Sicherheit befassten Akteursfeldes. Gegen die damit verbundenen Komplikationen – bis hin zur Unsteuerbarkeit, die sich aus der Notwendigkeit, dass sämtliche Akteure in die Sicherheitsarbeit einbezogen müssen, ergibt – plädieren andere Beiträge eher gegen die Entgrenzung des Sicherheitsbegriffs und fordern dagegen dessen Rückführung auf einen Kernbereich.

Der erste Beitrag des Bandes von Helmut Tausendteufel und Jan Abt analysiert auf der Basis des ausgeweiteten Sicherheitsbegriffs anhand von Fallstudien dreier Städte die lokale Realität der Sicherheitsproduktion auf kleinräumiger Ebene. Er bietet damit einen Einstieg in das Feld der urbanen Sicherheitsproduktion, das sich in Bewegung befindet. Dabei arbeiten die Autoren die lokalen Besonderheiten der Sicherheitsproduktion in Abhängigkeit von den spezifischen Rahmungen und Strukturen heraus. Diese stadt eigenen Ausprägungen bestimmen die lokale Sicherheitspolitik und machen dadurch jeweils lokal angepasste Konzepte erforderlich. Sie liefern damit einen empirischen Beleg für die These der „räumlichen Individualisierung“ der Sicherheitspolitik. Dabei wird die Debatte um „Sicherheit“ zur Grundlage von Verhandlungen über ein sehr viel breiteres Themenspektrum, das aber – wie deutlich gemacht wird – nur gemeinschaftlich verhandelt werden kann. Die stadt spezifische Individualisierung der Sicherheitspolitik enttäuscht auch Hoffnungen auf eine Entwicklung übertragbarer Konzepte, weil die Anker für die Übertragbarkeit fehlen, die ihre Wirksamkeit in der jeweiligen Stadt erst möglich machen.

Auf der Basis einer Primärerhebung zur Praxis kommunalen Sicherheitshandelns bei zwei exemplarischen, sehr unterschiedlichen Akteuren der Kommunen – den Ordnungsämtern und den Stadtplanungsämtern – zeichnet Holger Floeting in

seinem Beitrag die Ausdehnung des Akteursnetzes und des Handlungsraumes nach. Trotz unterschiedlicher Sichtweisen der beiden Akteure sind die Ausdehnungstendenzen des Sicherheitsbegriffs und der Handlungsbeziehungen (Kooperationen zwischen Akteuren, die daraus resultieren) bei beiden feststellbar. Erkennbar wird, dass der Autor diese Empirie dahingehend interpretiert, dass der Anspruch an die Ausweitung des Akteursspektrums, wobei die Akteure ihre Rolle für die Sicherheit bewusster wahrnehmen müssen, untermauert wird, um städtische Sicherheit zu einer dauerhaften Gemeinschaftsaufgabe zu machen. Dies wird mit der Erwartung verbunden, dass mit dem Austausch zwischen den Akteuren das Verständnis für die Sichtweisen und Handlungslogiken der anderen Akteure wächst und damit die Zusammenarbeit und letztlich auch die Ergebnisse in der Schaffung urbaner Sicherheit verbessert werden.

Während im Beitrag Floeting die Bedeutung der Wohnungswirtschaft für die städtische Sicherheit aus der Sicht von Ordnungsämtern und Stadtplanungsämtern formuliert wird, belegt der Beitrag von Ricarda Pätzold, Josiane Meier, Larissa Rensing und Gabriele Wendorf auf der Basis der Analyse der Rolle der Wohnungswirtschaft in drei Fallstudienstädten eine gewisse Zurückhaltung der Wohnungswirtschaft, sich vereinnahmen zu lassen. Dies beruht auf Vorbehalten gegenüber einem (erweiterten) Sicherheitsbegriff, dem sich die Wohnungswirtschaft nicht so ohne weiteres unterordnen will. Hintergrund ist vor allem die Sorge vor negativen Effekten für das eigene Geschäft, wenn dies unter der Sicherheitsperspektive verhandelt wird. Durch diesen Beitrag werden damit eine gewisse Uneindeutigkeit des Anspruchs an eine Ausweitung des Akteursnetzwerkes sichtbar und erste Brüche deutlich.

Der Beitrag von Helmut Tausendteufel weitet Erwartungen des Beitrags von Holger Floeting noch einmal deutlich aus. Auf der Basis eines sehr ausgedehnten Sicherheitsbegriffs wird fast jede Handlung und jeder Akteur als potenziell sicherheitsrelevant beschrieben. Daraus folgt der Anspruch, auch die zivilgesellschaftlichen Akteure stärker einzubinden, die nicht primär mit Sicherheitsthemen im eigentlichen Sinne befasst sind – wohl aber dann, wenn Sicherheit in dieser Breite verstanden wird. Diese Akteure werden in der Sicherheitsarbeit in Gremien jedoch systematisch ausblendet. Damit wird eine extreme lokale Individualisierung der Sicherheitsarbeit beschrieben: Indem die Akteursmenge anwächst, wird der Bezugsraum kleiner und jeder Ort entwickelt seine eigene Sicherheitskultur.

Auch die Polizei muss sich in diesem erweiterten Akteursfeld verorten. Die Brückenfunktion des Bürgerpolizisten zwischen traditioneller Polizeiarbeit und „erweiterter“ Sicherheitsarbeit vor Ort wird in dem Beitrag von Claudius Ohder entfaltet. Dabei geht er einerseits auf die Funktionalität dieser Brückenfunktion ein, aber auch auf die Sonderstellung des Bürgerpolizisten in der Polizeihierarchie.

Es handelt sich um eine durchaus brüchige Zwitterposition, die einer weiteren Reflexion und kritischen Begleitung bedarf, die Konfliktpotenziale einer gewandelten urbanen Sicherheitsarbeit aber sichtbar macht.

Eine deutlich kontrastierende Position zu der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs – insbesondere im Hinblick auf die unscharfe Begründung mithilfe des Sicherheitsgefühls – nimmt Frank Braun in seinem Beitrag ein. Er fasst die bisher aufgeworfenen Komplikationen in der Verhandlung eines immer weiter ausufernden Sicherheitsbegriffs zusammen und fordert eine deutliche Abgrenzung der Polizei und eine Konzentration auf die gesetzlich definierten Aufgaben ein, weil bürgerliche Freiheitsrechte durch eine Kommunalisierung und „Laisierung“ von Polizeiarbeit gefährdet werden. Grundlage polizeilicher Arbeit könne und dürfe nur eine objektive sein, nicht aber das subjektive Gefühl der Bürger, weil nicht bestimmbar wäre, um welche und wessen Gefühle es gehen dürfe. Aus einer subjektiv orientierten Ausrichtung folgten auch zwangsläufig Verteilungsprobleme, die Gerechtigkeitsfragen aufwerfen. Allerdings ergeben sich durchaus Uneindeutigkeiten in der Beurteilung polizeilicher Präventionsarbeit.

In ihrem Beitrag zur Qualifizierung der kommunalen Akteure, der auf einer Analyse der Fortbildungsprogramme im Bereich Sicherheit für kommunale Akteure beruht, gehen Hanna Blieffert und Holger Floeting davon aus, dass Fortbildung eine wesentliche Grundlage für die Verbesserung des wechselseitigen Verständnisses unterschiedlicher Akteure ist. Wechselseitiges Verständnis, das in der gemeinsamen Fortbildung erzeugt wird, ist die Grundlage für eine intensivere Kooperation und eine Verbesserung der Ergebnisse in der Produktion von Sicherheit.

Der erste Abschnitt des Sammelbandes wird abgerundet durch eine notwendig gewordene neue Systematisierung des Akteursfeldes. Die Ausweitung des Akteursfeldes, die bei einem erweiterten Sicherheitsbegriff zwangsläufig ist, ruft nach einer nuancierteren Einordnung der Rolle unterschiedlicher (potenzieller) Sicherheitsakteure. Jan Abt und Renate Lieb zeigen in ihrem Beitrag zur Strukturierung, dass die Zugehörigkeit zu Institutionen und Organisationen die Realität nur noch unzureichend abbildet. Zu ausdifferenziert sind mittlerweile die verschiedenen Funktionen innerhalb einer Institution. Das bedeutet, dass auch innerhalb der einzelnen Institutionen die mangelnde Grenzziehung des Sicherheitsbegriffs zu Konflikten führt oder führen kann. Die Typologie der Autoren führt das Problem der Grenze aus und wirft einen neuen Blick auf die Vielfältigkeit der Realität. Gleichzeitig wird auch eine gewisse Brüchigkeit für Kooperationsbeziehungen erkennbar, wenn Konflikte zwischen Funktion und Institution auftreten und im Zweifelsfall die Institutionszugehörigkeit Priorität hat. Die Systematisierung bietet auch einen neuen Zugang in der Analyse lokaler Sicherheitsarrangements.

Zweiter Teil: Strategien der Perspektivierung

„Versicherheitlichung“ – auch wenn der Begriff in fast keinem der Artikel dieses Abschnitts explizit fällt –, also dafür zu sorgen, dass etwas in den Sicherheitsdiskurs aufgenommen wird, setzt voraus, dass es gelingt, den Diskurs strategisch zu beeinflussen, die Blickrichtungen zu lenken. Damit werden Konflikte um die Perspektivierung angedeutet – wer lenkt wie und wie gezielt den Blick, welche Rolle spielen dabei unterschiedliche Akteure, Zeichen, Informationen, Vorprägungen.

Die Erwartungen an die Rationalität und Segnungen der Kooperation in der Sicherheitsproduktion beruhen auch auf den Erwartungen an eine bessere Informationsgrundlage für das Handeln. Jan Abt behandelt in seinem Beitrag die Notwendigkeit, Sicherheitsprobleme objektivieren zu müssen, zeigt aber gleichzeitig die Grenzen auf, eine ausreichende Informationsgrundlage überhaupt zur Verfügung zu haben. Nicht nur, dass Sicherheitsfragen bedingt durch ihre Komplexität kaum durch wenige Indikatoren abzubilden sind, die Indikatoren häufig nicht zur Verfügung stehen oder ihre Erhebung mit großem Aufwand verbunden wäre – durch eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs müssten eigentlich noch viel mehr Information in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Was folgt ist, dass das Erfahrungswissen der Akteure für die Beurteilung eine entscheidende Rolle für das Sicherheitshandeln spielt. Information und Wissen werden zur Währung in der Verhandlung der Akteure, damit deuten sich auch Bruchlinien in der Kooperation an, wenn Informationsasymmetrien die gleichberechtigte Verhandlung beeinträchtigen, weil jeder seine Informationsbestände in seinem Sinne instrumentalisiert.

Die potenziellen Bruchlinien in der Verhandlung über Sicherheit und Unsicherheit werden ebenfalls modellhaft anhand von Sicherheitsbildern im Beitrag von Leon Hempel, Renate Lieb und Ricarda Pätzold herausgearbeitet. Bilder werden dabei als soziale Definitionsmuster von Sicherheit und Unsicherheit verstanden, die der Perspektivierung dienen und die ihrerseits durch bestimmte Perspektiven geprägt werden. Diese häufig latenten Bilder beeinträchtigen Verhandlung über Sicherheit und Unsicherheit. Die Auseinandersetzung über die Bilder zu führen, muss nicht heißen, sie anzugleichen, aber nur das Verstehen der Bilder erlaubt auch, die impliziten Handlungsaufforderungen und die trade-offs, die zwischen den Handlungserwartungen, die sich aus verschiedenen Bildern ergeben, in den Blick zu nehmen. Ein Streit über die Sicherheitsbilder ist unvermeidbar. Der Konflikt geht dabei um die Definitionsmacht über Themen und Räume sowie über Ressourcen.

Sicherheit und Unsicherheit werden in der Regel an objektiven oder objektivierten Indikatoren verhandelt. Kaum spielt dabei die sinnliche und synästhetische Betrachtung eine Rolle. Dieser Lücke nimmt sich der Beitrag von Christiane Heibach an. Sie macht deutlich, wie durch diese Blickweiterung, die Einbeziehung der